

Frei ist gegen einen sozialen Arbeitsmarkt

Politik Abgeordneter meint: Arbeitskräfte werden in Betrieben gebraucht, und nicht in Gemeinnützigkeit.

Villingen-Schwenningen. GroKo bedeutet Kompromisse. So preschte die SPD in den Sondierungsverhandlungen vor und forderte, Langzeitarbeitslose mit öffentlich bezuschussten Jobs wieder in Arbeit bringen. Für gemeinnützige Tätigkeiten sollen diese einen Lohn von etwa 1500 Euro brutto erhalten. Das kommt beim Regierungspartner CDU nicht überall gut an. Auch nicht beim Wahlkreisabgeordneten Thorsten Frei, der sich nun gegen einen solchen sozialen Arbeitsmarkt ausspricht.

Massive Zweifel „Die Idee der SPD, mit einem solidarischen Grundeinkommen langzeitarbeitslose Menschen aus dem Hartz-IV-System zu holen und in Arbeit zu bringen, kann aus meiner Sicht nicht gelingen!“ Ein solches System, glaubt Frei, würde die Langzeitarbeitslosigkeit weiter verfestigen und die Betroffenen „stigmatisieren, ohne dass sie wie im Falle der Leiharbeit überhaupt eine Chance auf Übernahme in den ersten Arbeitsmarkt erlangen.“ Außerdem würden die geförderten Arbeitnehmer mit den angedachten Einkommen auch nicht aus ihrer Armut entfliehen können, glaubt Frei: „Schließlich würde es sich kaum von der Summe der Leistungen im Hartz-IV- Satz, Kosten der Unterkunft und sonstige Zuschüsse abheben.“ Insofern wäre der von den Sozialdemokraten geforderte soziale Arbeitsmarkt nichts anderes als „alter Wein in neuen Schläuchen“. Nur eben „teurer und unfairer“, da von Millionen Langzeitarbeitslosen nur etwa 150 000 Menschen eine Chance in diesem System erhalten könnten. Alles andere wäre wegen der immensen Kosten schlicht nicht finanzierbar.

Frei geht in seiner Einschätzung allerdings noch weiter: In Zeiten des Fachkräftemangels sei der SPD-Ansatz ohnehin völlig falsch. Auch in seinem Wahlkreis sei der Bedarf am ersten Arbeitsmarkt „gigantisch“. Der Abgeordnete: „Wir brauchen alle verfügbaren Arbeitskräfte – und zwar in den Unternehmen und nicht in Gemeinnützigkeit.“

In Qualifizierung investieren Thorsten Frei plädiert daher dafür, die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Milliarden in die bessere Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen stecken. Denkbar sind für ihn unverändert auch zeitlich begrenzte Zuschüsse für Langzeitarbeitslose, wenn diese in Unternehmen eine Chance erhalten. „Womöglich machen auch Mobilitätsprämien für Langzeitarbeitslose Sinn, wenn diese bereit sind, dahin umzuziehen, wo es Arbeit gibt“, überlegt er. *rat*

Ein Artikel aus der Südwest Presse / Die Neckarquelle Villingen-Schwenningen vom 29. März 2018 (Seite 23). Copyright Hermann Kuhn GmbH & Co. KG 2018.